

INITIATIVE MÜNSTERLAND

für unbegleitete Kinder in Moria (Lesbos)

Ökumenische Arbeitsgemeinschaft
48231 Warendorf OT Freckenhorst Stiftshof 2

An den Bürgermeister
der Stadt Warendorf
Herrn Peter Horstmann
Lange Kesselstraße 4-6
48231 Warendorf

Stadt Warendorf
E.: - 9. März 2021
Dez.:

Freckenhorst, den 09.03.2021

H. 10/3

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Horstmann,

als Ergebnis einer in Deutschland im September 2020 von infratest dimap für den ARD-Deutschland-TREND durchgeführten Umfrage sprachen sich seinerzeit 87 % der Befragten für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem abgebrannten Lager Moria aus.

Rund die Hälfte von ihnen, nämlich 44 %, machte aber zur Bedingung, dass es eine europaweite Verteilung gibt. 43 % der befragten Personen waren der Meinung, Deutschland solle Flüchtlinge aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria "auf jeden Fall" aufnehmen.

Die Zahlen unterstreichen - damals wie heute - die hohe Erwartungshaltung an die Politik, für eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden zu sorgen; diese wurde bisher allerdings nicht erfüllt, weder national noch auf europäischer Ebene.

Auch wenn die Idee einer „europäischen Lösung“ grundsätzlich als richtiger Weg angesehen werden kann, muss man sie zum jetzigen Zeitpunkt als gescheitert einstufen.

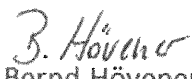







Unzählige Appelle an die Verantwortlichen auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen verpufften weitestgehend wirkungslos, was aber nicht zum Stillstand der Bemühungen um eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik in Europa führen darf, so wie wir es seit geraumer Zeit wahrnehmen.

Das macht ein Handeln über das bisherige Maß hinaus dringend erforderlich.

Wir, die INITIATIVE MÜNSTERLAND, eine parteipolitisch neutrale ökumenische Arbeitsgemeinschaft, sehen die solidarische Haltung der Zivilgesellschaft gegenüber Menschen auf der Flucht auch durch mittlerweile fast 9.000 Unterstützer/innen (digital und analog) unserer Petition bestätigt.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der unverändert katastrophalen Lage der rund achttausend Menschen im Flüchtlingslager „Kara Tepe“ (Moria 2.0) auf der griechischen Insel Lesbos, formuliert die INITIATIVE MÜNSTERLAND die nachfolgende **Anregung nach § 24 GO NRW** an den Rat der Stadt Warendorf, für die wir auch um Ihre persönliche Unterstützung bitten !

Mit freundlichen Grüßen

 Bernd Hövener
  Annette Klumpe
  Dr. Stephan Klumpe
  Manfred Krampe
 Michaela Leik-Wilczek
  Werner Letz
  Elisabeth Richter
  Michael Wilczek



9. März 2021

Kopie an die Ratsmitglieder

Unabhängig von einer etwaigen früheren Beratung in den Ausschüssen erfolgt die Weiterleitung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Mit freundlichen Grüßen

Anregung nach § 24 GO NRW

Der Rat der Stadt Warendorf möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Warendorf solidarisiert sich mit Menschen auf der Flucht und unterstützt die Initiative „**SEEBRÜCKE SCHAFFT SICHERE HÄFEN !**“.
2. Die Stadt Warendorf erklärt sich bereit, zusätzlich zur Verteilungsquote nach dem „Königssteiner Schlüssel“ Menschen aus griechischen Flüchtlingslagern aufzunehmen.
3. Die Stadt Warendorf erklärt sich bereit, zusätzlich zur Verteilungsquote nach dem „Königssteiner Schlüssel“ aktuell aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen.
4. Die Stadt Warendorf beauftragt die Verwaltung, die Voraussetzungen zu schaffen, um kurzfristig die notwendigen Kapazitäten zur Aufnahme dieser zusätzlichen Flüchtlinge bereitstellen zu können, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Bildung, medizinische Versorgung sowie für die gesellschaftliche Teilhabe.
5. Die Stadt Warendorf erklärt sich zum „Sicheren Hafen“.
6. Die Stadt Warendorf tritt dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ bei und vernetzt sich entsprechend mit anderen Städten.
7. Die Stadt Warendorf setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf allen politischen Ebenen sowie in den Gremien, in denen sie aktiv ist, für eine menschenrechtskonforme Migrationspolitik in ganz Europa ein.
8. Die Stadt Warendorf setzt sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht ein (Humanitäre Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).
9. Die Stadt Warendorf veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem „Sicheren Hafen“ wird.
10. Die Stadt Warendorf informiert ihre europäischen Partnerstädte über diese Resolution.